

# Danziger Zeitung.

№ 10742

1878.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Rethberggasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 A. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseritionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 7. Jan. Der „Polit. Correspond.“ wird aus Ragusa, 7. v., gemeldet: Nach dem nunmehr erfolgten Ablauf des Waffenstillstandes, welcher mit dem Commandanten von Antivari abgeschlossen war, um den 250 Schutzbefohlenen Montenegrinern die Beschießung der Festung wieder begonnen. Trotzdem verweigert der Commandant die Uebergabe; türkische Panzerschiffe haben gegen die montenegrinischen Batterien ein heftiges Feuer eröffnet.

Rom, 7. Januar. Der König hat die Nacht verhältnismäßig ruhig zugebracht und etwas geschlafen, das Fieber hält aber an und die Aufregung nimmt zu. Es wird die Entwicklung einer Lungenentzündung beobachtet.

## Danzig, 8. Januar.

Heute nimmt das Abgeordnetenhaus wiederum seine Arbeiten auf. Die öffentliche Aufmerksamkeit wendet sich jedoch mit steigendem Interesse bereits dem Reichstag zu, obgleich der Termin noch gar nicht bekannt ist, an dem dieser zusammenzutreten soll. So wird der preussische Landtag unter dem Schatten, welchen der deutsche Reichstag vor sich hinwirft, den zweiten Theil seiner Session verleben. Wie die Erfahrung gelehrt hat, wird für den preussischen Landtag und vor allem für das Abgeordnetenhaus wegen der Specialberatung, welcher in ihm der Staatshaushalt unterliegt, sich stets ein vorläufiger in dem Rahmen einer Session gar nicht einmal zu bewältigender Arbeitsstoff finden, der von dem regen öffentlichen Leben Zeugnis ablegt, welches sich in den einzelnen Bundesstaaten trotz der Einfügung derselben in das Reich und seine Gesetzgebung entfaltet. In jeder Session bringen, ganz abgesehen von den für die nächste Zeit vorbehaltenen großen Aufgaben der Verwaltung, Reform und Unterrichtsgesetzgebung, zahlreiche Gesetze von sogenanntem technischen Charakter oder von localem Interesse auf das Abgeordnetenhaus ein, zu welchen noch eine Fülle von Material in zahlreichen Petitionen sich sammelt, die wegen „Geschäftsüberhäufung“ bisher leider nicht in dem gewünschten Umfang oder doch nicht mit der gebührenden Gründlichkeit behandelt zu werden vermochten. So bietet die preussische Landesgesetzgebung und die Thätigkeit des preussischen Abgeordnetenhauses ein lebendes Bild, in welchem eine sorgfältige Behandlung des Details je länger je mehr das Charakteristische sein wird, sobald erst die Erleblichkeit der großen Gesetze erfolgt und damit Zeit gewonnen ist, sich in die kleinen Partien zu vertiefen.

Dem gegenüber wird die Reichsgesetzgebung und der Reichstag stets einen, so zu sagen, vornehmen Charakter sich bewahren. Zugehört den großen nationalen Fragen, dem Schutze und der Vertretung des Reiches nach Außen hin, der Entwicklung des nationalen Rechtslebens und der Ordnung der wirtschaftlichen Grundlagen im Innern werden Reichsgesetzgebung und Reichstag stets von der Teilnahme der gesammten deutschen Nation begleitet werden, wenn irgend eine große Frage an sie herantritt, und „der Parteien Günst und Haß“ werden dann ihre volle Schale über sie ausschütten. In Zeiten aber, wo derartige Fragen nicht auf der Tagesordnung stehen, sind beide von der Gefahr bedroht, in Erschlaffung zu verfallen, weil ihnen jenes Lebenselement, die begleitende Teilnahme der Nation, sich entzieht. Wer es gut und treu meint mit dem Reiche, der muß es seine stete Sorge sein lassen, daß vom Herzen desselben ein lebhafter Pulsschlag ausgeht; das kann aber nur bewirkt werden, wenn eine kräftige Organisation die Lebensfunktionen regelt. Der Reichstag wird daher nicht säumen dürfen, sich mit der an ihn bald herantretenden Frage der Reichsorganisation zu beschäftigen; es ist ja kein neuer Gegenstand, den er damit auf seine Tagesordnung setzt. Das Bedürfnis nach einer „That“ auf diesem Gebiete

## Sinfonie-Concert.

Das zweite der von Herrn Ziemsen unternommenen Sinfonie-Concerte, welches diesmal ausnahmsweise im Schützenhause stattfand, war sehr reichhaltig und durch die Mitwirkung eines fremden Virtuosen, des Violoncellisten Herrn Adolphe Fischer aus Paris, von außergewöhnlichem Interesse. An der Spitze des Concertes stand die hier bereits wiederholtlich zu Gehör gebrachte G-moll-Sinfonie von F. W. Markull, die sich an dieser Stelle der Beurtheilung entzieht, da der Berichterstatter zugleich Componist des Werkes ist. Es sei hier nur angeführt, daß die sorgfame, wohl nuancirte, zugleich in den Tempos gut getroffene Ausführung dem Autor Freude gemacht hat. Es war Leben und Schwung in der Darstellung, und die mancherlei Schwierigkeiten der technischen Seite des Werkes wurden mit lobenswerther Fertigkeit und Klarheit überwunden. Der Componist spricht dem geschickten, umsichtigen Dirigenten, Herrn Kapellmeister Kähler, und dem tüchtigen Orchester seine volle Anerkennung aus. — Nach der vom Publikum freundlich aufgenommenen Sinfonie spielte Herr Adolphe Fischer, dessen Erscheinen mit nicht geringer Spannung erwartet worden war, ein dreifachiges Violoncell-Concert von Reinecke, mit Orchesterbegleitung, und bekundete sich als einen Virtuosen ersten Ranges, der keinen Vergleich mit

ist so alt, wie die Bundesverfassung und es ist ihm auch schon zu verschiedenen Malen ein den jeweiligen Zeitumständen angemessener Ausdruck gegeben worden. Wenn der Reichstag sich in seiner nächsten Session abermals dieser Frage zuwenden wird, so wird nur Eins dabei neu sein, daß die „innere Lage“ sich einer Lösung dieser Frage heute so günstig erweist, wie noch nie zuvor.

Daneben werden es vor allem Steuerfragen sein, welche den Reichstag in den nächsten Sessionen beschäftigen werden. In erster Linie ist eine ausgiebige Tabaksteuer ins Auge gefaßt, und dieselbe ist uns in diesem Augenblicke näher gerückt, als man bis jetzt vermuthete. Wie uns nämlich heute aus Berlin von informirter Seite geschrieben wird, hat sich das preussische Staatsministerium in seiner letzten Sitzung mit einer die Tabaksteuer betreffenden Vorlage für die Reichsgesetzgebung beschäftigt. Weiter wird uns geschrieben, daß die preussische Regierung in Folge dieser Beratungen einen bezüglichen Antrag bereits in der nächsten Sitzung des Bundesrathes stellen wird. Die Bedenken dagegen sind bei den Liberalen in erster Linie konstitutioneller Natur. Die Tabaksteuer soll in erster Linie die Matriclarbeiträge ersetzen. Diese gewähren aber dem Reichstage eine so starke constitutionelle Garantie, daß die liberale Partei nimmermehr dieselben aufgeben kann, ohne daß andere constitutionelle Garantien geschaffen werden. Der preussische Landtag hat bis jetzt im Wesentlichen nur ein Ausgabenbewilligungsrecht, das Recht der Bewilligung der Einnahmen ist ziemlich illusorisch. Im Reich darf kein Pfennig der Matriclarbeiträge ausgegeben werden, den nicht der Reichstag bewilligt hat. Damit hat die Volksvertretung im Reich das Recht, welches man in Preußen zu Zeiten schmerzlich vermisst hat. Die liberalen Führer würden den Boden unter ihren Füßen wegziehen, wenn sie ein solches Recht aufgaben. Fürst Bismarck will nun Befreiung der Matriclarbeiträge. Der „Hann. Cour.“ giebt in einem bemerkenswerten Artikel folgende Gründe an: „Als einem Staatsmann, der nicht bloß den Augenblick, sondern die Zukunft bedenkt, wird ihm die Möglichkeit vorzuziehen, daß Zeiten des Krieges oder anderer Gefahr eintreten können, in denen die Matriclarbeiträge so sehr in die Höhe geschraubt werden müßten, daß sie ein schneidendes Agitationsmittel aller particularistischen Parteien abgeben könnten; und er wird andererseits erwägen, daß das Reich, wäre es durch erziehbare eigene Einnahmen finanziell selbstständig, durch nützliche, den Volkshaushalt fördernde Verwendungen die Unabhängigkeit aller Klassen an den jungen nationalen Staat stärken und vertiefen könnte.“ Weiter sagt das hannoversche Blatt:

„Der Ertrag der im Reiche zu eröffnenden Geldquellen wird, wenn man diese nicht vernachlässigt, sondern wirklich ausbeuten will, weit über das momentane Bedürfnis des Reiches hinausgehen, auch über das Mehrbedürfnis, welches in Preußen im Gefolge des Unterrichtsgesetzes in erheblicher Höhe eintreten muß; doch entsteht die Gefahr, daß in Preußen und anderen durch einseitige Einnahme ohne jährliche Neubewilligung erhoben werden, in Folge der Erlöse aus Matriclarbeiträgen dem Reiche mehr Steuern würden obverfallen, als zur Behebung der Ausgaben erforderlich sind. Hiergegen eine constitutionelle Gewähr zu schaffen, darauf kommt es an; der Zusammenhang zwischen der Regierungsverantwortung und dem Reichstage ist dieser: die parlamentarische Verantwortlichkeit muß in die Lage gedrückt werden, ohne constitutionelle Bedenken an der Vollendung eines ausreichenden Reichshaushalts mitwirken zu können; für das Ergreifen der Maßregeln, welche dazu im Einzelnen notwendig sein werden, muß sie eine Gewähr in den Personen erhalten.“

Der „Hann. Cour.“ sieht ein, daß die höhere Besteuerung des Tabakrauchens unpopulär sein müsse; meinte aber, dafür könne das „Regierungsprogramm“ Folgendes als „Gegengewicht“ bieten:

„Zunächst den nationalen Gewinn, das Reich finanziell zu befestigen; ferner den politischen, constitutionellen Fortschritt, daß das preussische Abgeordnetenhaus zur Befreiung der oben berührten konstitutionellen Schwierigkeiten das Recht erhalte, künftig die — jetzt feststehende — Klassen- und Einkommensteuer alljährlich nur in dem notwendigen Betrage zu bewilligen, so daß in besseren Zeiten, wenn die Einnahmen im Allgemeinen wieder steigen, vielleicht so viel an directen Steuern erlassen werden kann, wie jetzt an indirecten mehr erhoben würde; endlich den materiellen Vortheil, daß, wenn eine ausgiebige Tabaksteuer alsbald Ueberschüsse erzielt — was sehr wohl möglich ist — die untersten Stufen der Klassensteuer wegfallen und ein Theil der Grund- und Gebäudesteuer den Gemeinden übertragen, die Communalsteuern also herabgesetzt werden können; und zu allem die Verwirklichung für den Culturfortschritt der Nation so wichtiger Selbstzwecke, wie die, welche in Preußen durch das neue Unterrichtsgesetz, durch die beabsichtigte Hebung der Schule, andererseits durch die vielfach verlangte Verbesserung der Verkehrsmittel entstehen müssen.“

Dies „vermuthete Regierungsprogramm“ hat wohl einen wesentlichen Theil der jüngsten Beratungen in Berlin in Anspruch genommen. Der Artikel des hannoverschen Blattes schließt: „Wir denken, das wäre eine Finanzprogramm, mit welchem Fürst Bismarck und die Liberalen wohl in einiger Zuversicht vor das Land treten könnten.“ Es wäre voreilig, schon ein abgeschlossenes Urtheil über den nur in knappen Umrissen vorgeführten Plan fällen zu wollen. Nur auf einen Punkt möchten wir hier aufmerksam machen: Dadurch, daß in Preußen die Klassen- und Einkommensteuer künftig alljährlich nur in dem notwendigen Betrage bewilligt werden soll, wird dem preussischen Abgeordnetenhause das Einnahmewilligungsrecht gegeben, welches es bisher factisch nicht hatte. Wir erhalten also für Preußen die allerwichtigste constitutionelle Garantie, deren wir bis jetzt entbehrt haben.

Offiziös wird heute geschrieben, daß bis jetzt dem Kaiser keine Anträge auf künftige Aenderungen im Ministerium unterbreitet worden sind. Dabei wird hinzugefügt: „Für die weitere Entwicklung der organisatorischen Erörterungen kann es nur von Vortheil sein, daß dieselben von den Beräthenden einer vermeintlichen Personal-Aenderung vollständig losgelöst werden.“ — Wir möchten noch darauf hinweisen, daß Anträge auf Personal-Aenderungen beim Kaiser vorläufig noch gar nicht zu erwarten sind. Soweit die großen Pläne, auf deren Verwirklichung hingearbeitet wird, bekannt sind, haben sie erhebliche Aenderungen in der Verfassung des Deutschen Reiches zur Voraussetzung. Diese Verfassungsänderungen werden also zunächst im Bundesrath und Reichstag durchgesetzt werden müssen, ehe man formell an Personalfragen herantreten kann.

Wir citirten gestern eins der hervorragenden Organe der fortschrittlichen Presse, die Breslauer Zeitung. Auch sie will natürlich nicht, daß die Fortschrittspartei einen „Bismarck mit reactionären Plänen“ unterstützen soll. „Jedoch“, fährt sie fort, „directe oder indirecte Steuern, natürlich diese und jene mit Auswahl, Reichs- und Staatsbahnen oder Privatbahnen u. s. w., das sind nach unserer Ansicht doch nicht die politischen Parteiengegenstände, um welche ein Mann wie Bismarck gekümpft werden müßte. Wir kennen sehr reactionäre Männer, die für die directen Steuern schwärmen, und wir kennen umgekehrt entschiedene Demokraten, welche indirecte Steuern für besser halten; ja wir haben es in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung erlebt, daß, als es sich um die Beibehaltung der Schladtsteuer handelte, so ziemlich die ganze Fortschrittspartei dafür stimmte. Es hat mit der Mahl- und Schladtsteuer überhaupt seine eigenthümliche Bewandnis. Ganz so verhält es sich mit den Reichsbahnen; sie haben innerhalb der Fortschrittspartei ihre Gegner und Vertheidiger ganz so wie die Privatbahnen. Wir haben aus Bismarck's eigenem Munde im Reichstage gehört, daß er gelernt habe und noch zu

lernen bereit sei; gut, man belehre ihn, wenn er wirklich mit verwerlichen Plänen umgeht. Aber zum Partei-Schiboleth sind diese Fragen nicht zu machen.“ — Der Abg. Eugen Richter hat jedoch die Provinz Schlesien bereist. Seine dortigen Freunde werden ihm keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß für eine leichtfertige Oppositionspolitik im Volke kein Boden ist. Wir sind gespannt darauf, welche Wirkung diese Erfahrungen auf die demnächstige Haltung der parlamentarischen Fraction der Fortschrittspartei haben werden.

Offiziös wird heute das Werk von Parisius besprochen. Die inspirirte Rundgebung wundert sich, daß ein Buch, welches die Geschichte der Fortschrittspartei seit dem Eintritt Bismarck's in die Geschäfte behandelt, fast gar nichts über ihre Leistungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik berichtet. „Die interessanten Rundgebungen, durch welche die Fortschrittspartei die auswärtige Politik Bismarck's seit 1863 Schritt für Schritt angegriffen und zu hemmen gesucht hat, wird von dem sonst so redseligen Verfasser kaum berührt. Es scheint, daß Hr. Parisius die Thaten Bismarck's nicht als rühmendwerth ansieht, da er sie in seinem „Beitrag“ einfach übergeht. In diesem Schweigen liegt eine nicht mißzuverstehende Selbstkritik der Tendenz des Buchs, welches gegen die nationalliberale Partei gerichtet ist.“

Wie bereits ein Telegramm in letzter Nummer unseres Blattes andeutet, haben die Friedens-Aussichten sich ungemein gehoben. Plötzlich hat England der Türkei gerathen, direct mit Rußland zu verhandeln, nachdem Fürst Gortschakoff eine Unterredung mit dem englischen Botschafter in Petersburg gehabt hat. In England drohte das Cabinet auseinander zu gehen, und in Konstantinopel drohte das Chaos. Die Einnahme von Sofia hat wohl die letzten englischen und türkischen Bedenken beseitigt. Ueber den plötzlichen Umschlag liegen noch folgende Mittheilungen vor:

Der „Times“ wird aus Konstantinopel von gestern gemeldet, die türkische Regierung sei entschlossen, ihre Politik durch diejenige Englands bestimmen zu lassen. Unter den türkischen Deputirten sei im Allgemeinen eine dem Frieden zugeneigte Stimmung vorherrschend, wofür nur Rußland zu annehmbaren Bedingungen die Hand biete. Die Friedensbedingungen seien offiziell noch nicht discutirt, im Allgemeinen nehme man aber an, daß die Türkei die Forderung der Abtretung von Batum, der freien Schifffahrt durch die Dardanellen, der Durchführung der Conferenzbeschlüsse in Bezug auf die slavischen Provinzen, der Unabhängigkeit Serbiens und Rumäniens und einer Verzichtung der Grenze von Montenegro nicht zurückweisen würde. — Ferner meldet das Blatt, der Versuch einer Heranziehung der Christen zum Militärdienst sei als gänzlich gescheitert anzusehen.

In Konstantinopel geht das Gerücht, daß die Kammer, die bei Verhandlung des Adreßentwurfs gegen den Großvezir, den Kriegsminister und den Marineminister die heftigsten Angriffe richtete, vertagt oder aufgelöst werden solle, falls sie auf den von ihr angekündigten Interpellationen bestehen sollte.

In Petersburg ist man nach einem von dort eingegangenen officiösen Telegramm der Ansicht, daß den eigentlichen Friedensverhandlungen die Vereinbarung eines Waffenstillstandes seitens der militärischen Befehlshaber Rußlands und der Porte vorhergehen habe. Die russischen Befehlshaber würden dabei die ihnen nothwendig scheinenden Garantien und Demarcationen festzusetzen haben. An der Porte würde es sein, die Einleitung dieser Verhandlungen herbeizuführen. Das officiöse „Journal de St. Petersburg“ sagt: Aus dem Verlangen Rußlands, nach dem von ihm gebrachten unsäglichen Opfer allein mit dem Feinde die Friedensbedingungen zu discutiren und aus der Ablehnung Rußlands, diese Friedensbedingungen in die Länge ziehen zu lassen durch Einmischungen, welche den Feind nur in

ganzem Abende an die Musik keine geringen Ansprüche stellte, denn es stand noch die Fassung der Duetten von Richard Wagner und zum Schluß ein kürzeres sinfonisches Werk von Robert Schumann, unter dem Titel: „Duetten, Scherzo und Finale“ auf dem Programm. Die Duetten von Wagner wurde hier zuletzt durch das Bilsche Orchester vorgeführt. Das Werk fesselt durch den tragischen Grundton, der etwas an die Beethoven'sche Coriolan-Duetten erinnert, und durch effectvolle Contrasten, bei vorzüglicher Instrumentation, ist aber in der Form etwas aphoristisch gehalten und unterscheidet sich dadurch wesentlich von dem klassischen Vorbilde. Die Duetten gehört einer früheren Schaffensperiode des Meisters an. — Die Schumann'sche Composition ist als eine kleine Sinfonie ohne Adagio zu bezeichnen. Jeder der Sätze athmet eine hinreichende Lebendigkeit und einen liebenswürdigen Humor, ohne den späteren Tiefen des Componisten. Im letzten Satze bauen sich strengere Formen und großartigere Zuge aus, während in der Duetten und im Scherzo amuthige Stimmungen überwiegen. Das madere Orchester ließ bis zur letzten Note des Concertes an Aufmerksamkeit und Eifer nicht nach, angefeuert durch seinen unermüdlichen Dirigenten.



einer bisherigen Stellung am Hoftheater scheiden und in Pension treten.

Auch die Provinz Schlesien hat jetzt ihr Dietrichswalde. Einige Kinder aus Katholischen...

Die Anwendung der Spectralanalyse auf die Untersuchung unserer Sonne und ihre physische Beschaffenheit...

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluss des Blattes noch nicht eingetroffen.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluss des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 7. Januar. (Getreidemarkt.)

Weizen loco und auf Termine rubig. Roggen loco und auf Termine rubig.

Bremen, 7. Jan. (Schlussbericht.)

Petroleum. Standard white loco 11,70, Jan. Febr. 11,80.

Frankfurt a. M., 7. Jan. Effecten-Societät.

Actienactien 178 1/2, 1860er Loose 106 1/2, Französ. 214 1/2.

Wien, 7. Jan. (Schlussbericht.)

Petroleum loco 11,70, Jan. Febr. 11,80.

London, 7. Jan. (Schlussbericht.)

Weizen 111,227, Gerste 5308, Hafer 47,120.

Paris, 7. Januar. (Schlussbericht.) 3 p. Rente 72,70, Anleihe de 1872 108,55.

Paris, 7. Januar. Productenmarkt. Weizen fest, Jan. 32,25.

Antwerpen, 7. Januar. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen unverändert.

Danziger Börse.

Amthliche Notierungen am 8. Januar. Weizen loco matt, per Tonne von 2000 1/2.

Regulirungspreis 1268 dunt lieferbar 218 1/2.

Danzig, den 8. Januar 1878.

Getreide-Börse. Wetter: milde und feuchte Luft. Weizen loco heute einen geschäftlosen Markt.

Berliner Fondsbörse vom 7. Januar 1878.

Der gestrige Privat-Verkehr blieb fast geschäftlos, trug aber eine feste Physiognomie.

Table of Berlin stock market data for Jan 7, 1878. Columns include stock names and prices.

Minimalgewicht nach Eröffnung der Schifffahrt zu liefern 141 M. bez. Regulirungspreis 129 M.

Productenmärkte.

Königsberg, 7. Januar. (v. Vortarius & Gröth.) Weizen per 1000 Kilo hochbunter 121/22.

Stettin, 7. Jan. Weizen per Frühjahr 210,00, Roggen per Frühjahr 210,00.

Berlin, 7. Januar. (Originalbericht v. G. Kallin.) Der heutige Markt war für Getreide äußerst schwach.

Meteorologische Depesche vom 7. Januar.

Table of meteorological reports for Jan 7, 1878. Columns: location, wind, temperature, etc.

Meteorologische Beobachtungen.

Table of meteorological observations for Berlin, Jan 7, 1878.

Wiehmarkt.

Berlin, 7. Januar. Zum Verkauf standen: 1899 Rinder, 6886 Schweine, 848 Kälber und 2719

Dammell. Der heutige Markt zeigte seit langer Zeit wieder einmal etwas mehr Leben...

Butter.

Berlin, 7. Jan. (Gebrüder Lehmann & Co., Konigsstr. 81.) Feine und feinste Qualitäten werden immer noch schwach abgefahren.

Schiffs-Liste.

Table of ship departures for Jan 7, 1878.

Tbora, 7. Januar. Wasserstand: 2 Fuß 11 Z.

Meteorologische Depesche vom 7. Januar.

Table of meteorological reports for Tbor, Jan 7, 1878.

Meteorologische Beobachtungen.

Table of meteorological observations for Tbor, Jan 7, 1878.

In Mitteleuropa, besonders auf den britischen Inseln, ist das Barometer wieder stark gefallen.

Meteorologische Beobachtungen.

Table of meteorological observations for various locations.

Der gestrige Privat-Verkehr blieb fast geschäftlos, trug aber eine feste Physiognomie.

auch Lombarden fanden in Folge ihrer nicht unbedeutenden Gesamtergebnisse...

erster Linie sind in dieser Hinsicht Disc.-Comm.-Anth. zu erwähnen.

actien im Allgemeinen fest und nicht anbelebt. Deutsche Unionbank...

Table of German bonds and other securities.

Table of various bonds and securities.

Table of various bonds and securities.

Table of various bonds and securities.

